

Grünberger Wochenblatt.

Zeitung für Stadt und Land.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5700 Exemplaren.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis in der Expedition 50 Pf., in den Commanditen 60 Pf., durch den Colporteur ins Haus gebracht 60 Pf., bei der Post 65 Pf., durch den Briefträger oder Landboten 90 Pf.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5700 Exemplaren.

Wegen des Bußtages fällt die Donnerstag-Nummer in dieser Woche aus.

Die Uneinigkeit in der Socialdemokratie.

Wichtiger als alle geheime Rathliche Conferenzen über die neue Gesetzesvorlage zur Bekämpfung des Umsturzes erachten wir die neuesten Vorgänge in der Socialdemokratie.

Jeder allgemeine Parteitag stellt immer eine scharfe Probe dar auf die innere Festigkeit und den Zusammenhang einer politischen Partei. Biele sind auch in der freisinnigen Volkspartei dem Eisenacher Parteitag lebhafteste Auseinandersetzungen vorhergegangen. Aber schließlich ist man dabei doch zu einmütigen Beschlüssen gelangt. Damit haben alle Streitigkeiten aufgehört und eine Ueberwindung der Partei hat an keiner Stelle stattgefunden. Ganz anders in der Socialdemokratie nach dem Frankfurter Parteitag. Der dortige Parteitag hat die beiden Hauptfragen der Tagesordnung nicht zu entscheiden vermocht. In der Frage, ob den Bayern gestattet werden soll, den Landeshaushaltsetat in seiner Gesamtheit anzunehmen, während sonst die Socialdemokratie gegen jeden Etat stimmt, wurde der Standpunkt Vollmar's mit 141 gegen 93 Stimmen zurückgewiesen, aber ebenso auch der Standpunkt Bebel's mit 164 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Der Gegensatz zwischen der Vollmar'schen Richtung und der Bebel'schen Richtung kam auch in der Behandlung der Agrarfragen in Frankfurt zum Ausdruck, wiewohl hier durch Ueberweisung der Fragen an eine besondere Commission zunächst eine Verküsterung stattfand.

Unmittelbar nach dem Frankfurter Parteitage sind die Gegensätze in der socialdemokratischen Presse alsbald mit großer Lebhaftigkeit wieder hervorgetreten, und zwar einerseits in der nach den Instruktionen Vollmar's geleiteten „Münchener Post“, andererseits in dem Berliner „Vorwärts“. Während am Dienstag voriger Woche Grillenberg in einer Versammlung von den rechtsichtigen Berliner Adressaten sprach und gegen die Vormundhaftigkeit der Berliner Parteikreise gegenüber den Bayern protestirte, hat am Mittwoch Bebel, wie wir bereits ausführlich berichteten, seinerseits den Kampf aufgenommen in einer Berliner socialdemokratischen Versammlung. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche dem Münchener Blatt vorwirft, dem spießbürgerlichen Particularismus Vorschub zu leisten und die Genossen der einzelnen Länder in künstlichen Gegensätzen zu einander zu bringen. In der Resolution wird ausgesprochen, daß die Verfabrenheit und die Unklarheit über die Einheit der Interessen und die Grundsätze der Partei in der Zunahme begriffen sind. Auch wird bedauert, daß der Parteitag sich nicht entschließen konnte, den Genossen in den Landtagen in Bezug auf die Abstimmung über das Budget eine bestimmte Richtschnur zu geben.

Vergeblich sucht der „Vorwärts“ Bebel dagegen zu verwahren, daß er die Fahne der Rebellion erhebt. Mit Recht kann Vollmar geltend machen, daß der Parteitag die Fragen durch Ablehnung aller Anträge hat offen halten wollen, während Bebel jetzt mit Gewalt sie in seinem Sinne zur Entscheidung zu bringen sucht. Diese Kämpfe müssen sich notwendig um so lebhafter steigern, als die Möglichkeit nicht mehr vorhanden ist, durch den Mehrheitsbeschluß eines Parteitages sie zum Abschluß zu bringen.

Die Kämpfe innerhalb der Socialdemokratie sind auch nur Symptome der Thatfache, daß innerhalb der Partei eine gemäßigtere und eine schroffere Richtung vorhanden ist. Die gemäßigtere Richtung, welche sich keineswegs bloß auf Bayern beschränkt, hat den Glauben an den Bebel'schen Zukunftsstaat in der Hauptsache verloren und beschränkt sich mehr und mehr auf den Standpunkt einer radicalen Oppositionspartei gegenüber der geltenden Rechts- und Staatsordnung.

Es sind aber nicht bloß zwei Richtungen, welche in der Socialdemokratie hervortreten. Eine dritte Richtung, welche gerade in Berlin ihren Stützpunkt findet, lehrt sich überhaupt gegen die gegenwärtige

Parteilührung in beiden Linien. Es ist die Partei der „Proletarier“, welche sich gegen die „Academiker“ auflehnt und Niemand in der Partei ein größeres Parteieinkommen aus Arbeitergroßen zugestehen will. Während Bebel noch den socialdemokratischen Zukunftsstaat unverändert aufrecht erhält, haben sehr viele Parteiführer es bereits verstanden, sich ein derartiges Einkommen in dem Staat der Gegenwart zu verschaffen, sei es als Redacteurs, Parteibeamte oder als Wirthe, Cigarrenhändler u. i. w., daß ihnen persönlich nichts Schlimmeres passieren könnte als die Verwirklichung des Zukunftsstaates mit der Gleichstellung aller Einkommen.

Kurzum, die Socialdemokratie beginnt mehr und mehr einem Zerfallsproceß zu verfallen, seitdem das Socialistengesetz in Fortfall gekommen und damit die Polizeikunst außer Anwendung getreten ist, durch strafrechtliche und polizeiliche Maßnahmen die Socialdemokratie zusammenzuschweißen. Nichts Zdrückeres könnte gegenwärtig passieren, als die Wiederaufnahme jener Bismarck'schen Ausnahmeseßgebung. Nicht nur würden dadurch die Socialdemokraten selbst alsbald wieder unter einen Hut einträchtig zusammengebracht, auch bürgerliche Parteien würden durch die Bekämpfung von Beschränkungen der freien Meinungsäußerung in dieselbe Kampflinie mit den Socialdemokraten gegenüber der Regierung gedrängt werden.

Man nehme daher, sofern nicht Vorbeugungen gegen Gewaltthaten der Anarchisten etwa in Frage kommen, von jeder Umsturzvorlage Abstand und überlasse es den socialdemokratischen Parteiführern, sich unter einander umzustärzen in der kräftigen Weise, wie dies jetzt in München einerseits und in Berlin andererseits in Angriff genommen worden ist.

Tagesereignisse.

Der Kaiser hielt am Freitag Vormittag im Wildpark eine Jagd auf Fasanen ab. Am Sonnabend nahm der Kaiser Vorträge entgegen und empfing den Justizminister a. D. v. Schelling in Abschiedsaudienz. Heute Vormittag 11 Uhr wollte das Kaiserpaar einer Trauermesse beimohnen, die in der Kapelle der russischen Botschaft in Berlin abgehalten werden sollte.

Am Freitag Nachmittag empfing der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingensfürst in Straßburg das Präsidium des Landesauschusses, die Confitoren der Protestanten und Israelliten (der Empfang der Bischöfe fand erst Sonnabend statt), den gesamten Gemeindevorstand von Straßburg, Deputationen der Gemeinderäte von Weß, Colmar, Mühlhausen und den anderen Städten des Landes, sowie von vielen ländlichen Gemeinden und die Vertreter der Handelskammern und größeren Vereinsverbände. Hieran schloß sich der drei Stunden währende Empfang von etwa 500 Personen aus dem ganzen Lande. Der Reichskanzler hielt längere Ansprachen an die Gemeinderäte und beantwortete jede einzelne Anrede. Um 7 1/2 Uhr begaben sich Fürst und Fürstin Hohenlohe in das Theater, wo eine Festvorstellung stattfand. Während das Orchester die Jubelouvertüre von Weber spielte, erhob sich das Publikum, und es wurde unter großem Beifall der „Sang am Rhein“ vorgelesen. Als hierauf der Director des Theaters einen poetischen Abschiedsgruß des Esch sprach, welcher mit einem Hoch auf den Fürsten schloß, stimmte das Publikum jubelnd ein. Sodann wurde die Oper „Hänsel und Gretel“ aufgeführt.

Gestern wurde dem Reichskanzler in Straßburg eine glänzende Ovation dargebracht, bestehend in Fackelzug, Serenade etc. Darauf begab sich der Reichskanzler nebst Familie zum Bahnhof und trat um 6 1/2 Uhr Abends die Reise nach Baden-Baden an.

Wir lesen in mehreren Blättern: „Die Vorlage zur Bekämpfung der Umsturzpropaganda ist am Sonnabend dem Bundesrathe zugegangen. Sie trägt den Titel: „Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse. Dem Entwurf ist eine umfangreiche Begründung beigegeben.“ Wunderlicher Weise schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Sonntagsnummer: „Nachdem nunmehr auch die Begründung zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Bekämpfung der Umsturzpropaganda, vollständig ausgearbeitet worden ist, darf die Einbringung der Vorlage im Bundesrathe als unmittelbar bevorstehend betrachtet werden.“ — Sollte

etwa neben jener bereits eingetroffenen Vorlage noch eine zweite unterwegs sein?

Die „Umsturzvorlage“ sieht nach Meldungen mehrerer Blätter vor: Bestrafung der Verherrlichung von Verbrechen, der Anstiftung von Militärpersonen zum Ungehorsam und der Bedrohungen. Außerdem bringt sie eine Ausgestaltung der bekannten „Rautschul-Paragraphe“, §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs. Präferenzurtheile können, wenn sie unter dieses Gesetz fallende Artikel enthalten, vorläufig beschlagnahmt werden. (Nach dem geltenden Preßgesetz ist eine Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung, abgesehen von Zuwiderhandlungen gegen das Preßgesetz selbst, nur auf Grund der §§ 85, 95, 111, 130 oder 184 des Strafgesetzbuchs zulässig, und auch in den Fällen der §§ 111 und 130 nur bei dringender Gefahr.)

Es wird bestätigt, daß die Miquel'sche „Reichsfinanzreform“ in noch größerem Umfange, als dies Graf Caprivi zugegeben hatte, zur Vorlage gelangen soll.

Die preussische Staatsbahnenverwaltung hat im Etatsjahre 1893/94 einen Reinküberschuß von ca. 39 Millionen Mark gegen den Etatsanschlag erzielt. Nichtsdestoweniger suchen die Freunde des Herrn Finanzministers Miquel den nächsten preussischen Etat künstlich zu verschlechtern, um durch dieses Kunststück die „große Reichsfinanzreform“ als nothwendig erscheinen zu lassen.

Wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, ist die Action zur Reorganisation des Handwerks von der Regierung vorläufig aufgegeben. Es soll zunächst eine Enquete über die Lage des Handwerks stattfinden, deren Umfang und Zielpunkte bis jetzt jedoch noch nicht festgelegt sind.

Mehrere Deutsche sind in der letzten Zeit in Frankreich unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden. Der Verdacht wird sich schwerlich aufrecht erhalten lassen.

Die Verhaftung des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Leuß wegen dringenden Verdachts des Meineids wird jetzt auch von den antisemitischen Blättern bestätigt. In der Ueberschuldungssache Schnug hat Leuß einen Eid dahin abgegeben, mit der Frau des Klägers keinen ehebrecherischen Verkehr gepflogen zu haben. Schnug behauptete, dieser Eid sei falsch, und denunciirte Leuß wegen Meineids. Die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung endete zunächst mit der Einstellung des Verfahrens. Dr. Schnug verfolgte die Sache jedoch weiter und erreichte, daß der Oberstaatsanwalt eine nochmalige Aufnahme des Verfahrens anordnete, die jetzt zur Verhaftung des Angeklagten geführt hat. Leuß bestreitet nach der „Staatsb.-Ztg.“ seine Schuld, behauptet, das Opfer eines Complots zu sein, und hat seine Haftentlassung gegen Caution beantragt.

Aus Kamerun meldet die „Dtsch. Tagesztg.“ eine Stobspost: Lieutenant Dominik hat mit 30 Mann Sudanesen einen Zug nach Jaunde und von dort nach Ngilla gemacht. Auf dem Wege nach Ngilla ist er jedoch von den Bafolo überfallen worden, und zwar an derselben Stelle, an der seiner Zeit Kundt, Tappenbeck und Hauptmann Morgen angegriffen worden sind. Sechs Sudanesen sind gefallen. Lieutenant Dominik erhielt einen Schuß durch den Arm, einen zweiten in die Hüfte und liegt krank in Batanga, wohin die Expedition abgedrängt wurde.

Die Ermordung der deutschen Forscher Dr. Lent und Dr. Kretschmer im Kilima-Ndscharo-gebiet, über die wir vor einiger Zeit berichtet haben, ist durch eine Strafexpedition unter Führung des Lieutenants Eberhard gerächt worden. Deutscherseits sind nur wenige Dschaggatrieger gefallen.

Der „Reichsanzeiger“ meldet: Die bereits bekannt gegebenen Verluste der südwestafrikanischen Schutztruppe in den letzten Kämpfen gegen Witboi belaufen sich nach den von Major Leutwein eingesandten Verlustlisten auf 14 Tode, 9 Schwerverwundete und 15 Leichtverwundete. Es sind gefallen oder an Verwundungen später gestorben: Premierlieutenant Diestel, die Unterofficiere Schern und Seidler, die Reiter Kluth, Bod, Barthuch, Kocher, Geise, Binske, Eckhardt, Frey, Goldermann, Lange und Fleischer. Schwerverwundet sind: Hauptmann Gstorff, Unterofficier Polett, die Reiter Homann, Krause, Moser, Baleda, Koch, Lungenhausen und Gstreiter Reichle.

